

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

zu dem Antrag der Fraktion der AfD
- Drucksache 8/135 -
Abschaffung der CO₂-Steuer – Thüringen muss sich für
ein Ende der ideologisch forcierten Teuerung einsetzen

Aussetzung der Erhöhung der CO₂-Abgabe für das
Jahr 2025

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die Steigerung der Energiekosten sowohl Unternehmen als auch Bürger enorm und einkommensschwache Haushalte besonders stark belastet, so dass ein sozialer Ausgleich erforderlich wird;
 2. die CO₂-Bepreisung in ihrer aktuellen Form die mit ihr intendierte Lenkungswirkung hin zur CO₂-Einsparung bisher nicht hinreichend erfüllt, vor allem weil die Verlagerung CO₂-intensiver Wirtschaftszweige ins Ausland jede CO₂-Einsparung im Inland zunichtemacht (Carbon Leakage);
 3. eine weitere Erhöhung der CO₂-Abgabe im Jahr 2025 in Anbetracht der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage in der Bundesrepublik Deutschland und im Freistaat Thüringen negative Auswirkungen auf den Standort hätte;
 4. es zur Vermeidung von Stellenabbau, Werksschließungen und Abwanderung und zur Aktivierung von Investitionen positive Signale aus der Politik braucht und keine zusätzlichen Belastungen.
- II. Die Landesregierung wird gebeten, sich im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung für die Aussetzung der für das Jahr 2025 geplanten Erhöhung der CO₂-Abgabe einzusetzen.

Begründung:

Die hohen Energiepreise stellen eine erhebliche Belastung für Bürger und Unternehmen dar. Zur Belastung trägt auch die CO₂-Bepreisung bei, insbesondere weil es bisher keinen sozialen Ausgleich gibt. In der gegenwärtig wirtschaftlich angespannten Situation wäre jede weitere Steuerbelastung, insbesondere auf die ohnehin schon teuren Energieträger, ein schwerer Fehler und ein weiterer Nachteil für den deutschen und thüringischen Wirtschaftsstandort. Angesichts dessen wäre eine Aussetzung der Erhöhung der CO₂-Abgabe für das Jahr 2025 ge-

boten. Dass dies möglich ist, zeigt die erfolgte Aussetzung der für das Jahr 2023 geplanten Erhöhung. Die unter anderem die im internationalen Vergleich sehr hohen Energiekosten gefährden Arbeitsplätze und Wohlstand. Viele Unternehmen halten Investitionen zurück oder erwägen die Verlagerung ins Ausland.

Gemeinsam mit hoher Steuerlast, überwältigender Bürokratie und dem Fachkräftemangel stellen die Energiepreise einen wesentlichen Wettbewerbsnachteil dar. Eine Steuerhöhung im Jahr 2025 käme zur Unzeit und wäre ein fatales Signal an Wirtschaft und Bürger.

Für die Fraktion
der CDU:

Für die Fraktion
des BSW:

Für die Fraktion
der SPD:

Bühl

Dr. Augsten

Liebscher